

Wilfried Schimon

Recht auf Wasser? – Internationale Abkommen zur Nutzung von Flüssen und Seen

Einleitung

Die Europäische Sicherheitsstrategie besagt:

„Der Wettstreit um Naturressourcen – insbesondere um Wasser – der sich durch die globale Erwärmung in den nächsten Jahrzehnten noch steigern wird, dürfte in verschiedenen Regionen der Welt für weitere Turbulenzen und Migrationsbewegungen sorgen“

Diese Aussage bezieht sich darauf, dass Wasser in vielen Regionen der Welt bereits jetzt eine knappe Ressource darstellt. Die diesbezügliche Situation zeigt keine Entspannung, sondern verschärft sich im Gegenteil aus verschiedenen Ursachen, insbesondere des weiteren Bevölkerungswachstums, aber auch des Klimawandels.

Für den Umgang mit einer knappen Ressource und deren Verteilung kann es verschiedene Möglichkeiten geben: Gewalt, Markt oder rechtliche Rahmenbedingungen.

Während die Regelung durch Gewalt abzulehnen, ihr Auftreten aber nicht auszuschließen ist, gibt es auch begründete Skepsis gegen das Funktionieren des Marktes zur Bewirtschaftung einer lebensnotwendigen, knappen Ressource. Somit bleibt als einzig sinnvolle Möglichkeit die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, ohne die nebstbei bemerkt auch eine marktorientierte Steuerung nicht auskommen würde.

Recht auf Wasser kann als sehr umfassender Begriff gesehen werden. In diesem Beitrag soll der Frage der Regelungen über die

Wassernutzung zwischen Bevölkerungsgruppen, Regionen und v.a. Staaten nachgegangen werden.

Die Welt befindet sich gesamtheitlich gesehen in einer Wasserkrise. Von den auf der Erde verfügbaren Wasserressourcen ist nur ein Anteil im Promillebereich für den Menschen und seine natürliche Umwelt nutzbar. Dennoch ist die Krise nicht ein Problem der Gegenüberstellung der globalen Mengen, sondern der Verteilung, der regionalen Asymmetrie von Ressource und Bedarf.

Die Weltbevölkerung hat sich im 20. Jahrhundert verdreifacht, der Wasserverbrauch in derselben Zeit versiebenfacht. Es ist nicht nur die Zahl der Menschen, die versorgt werden müssen, sondern auch der Wasserverbrauch je Kopf in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Der Großteil dieses gestiegenen und weiter steigenden Wasserverbrauchs wurde als Voraussetzung zur Nahrungsmittelproduktion notwendig. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist von 1961/63 bis 2005 von 1.375 Mio. ha auf 1.602 Mio. ha gestiegen, die Bewässerungsfläche in der gleichen Zeit von 141 Mio. ha auf 287 Mio. ha. Die Möglichkeiten, die landwirtschaftliche Nutzfläche weltweit noch wesentlich auszuweiten, sind beschränkt, es sind vielmehr auch nennenswerte Verluste, vor allem in den entwickelten Ländern festzustellen. Andererseits ist die Weltbevölkerung weiter im Steigen begriffen: Aktuell im Herbst 2011 beträgt die Weltbevölkerung 7 Milliarden Menschen. Bis 2050 wird mit einem allerdings abgeflachten Anstieg auf – je nach Berechnungsszenario – zwischen 8 und 10 Milliarden Menschen gerechnet. Gerade jene Räume der Welt, in denen bereits heute eine hochgradige Ausnutzung der Wasserressourcen für die Nahrungsmittelproduktion gegeben ist, weisen auch eine wesentliche Zunahme der Bevölkerung auf. Dies zwingt zu Intensivierungen der Bodennutzung, und das vor allem durch Einsatz zusätzlichen Wassers.

Konfliktgrund Wasser

Um Wasser als begrenzte Ressource besteht ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Nutzern. Das kann einerseits die Wasserverteilung lokal zwischen unterschiedlichen Sparten (Siedlung, Industrie, Landwirtschaft) betreffen, oder aber zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen oder Regionen in einem Flussgebiet. Besonders kritisch kann die Situation in zwischen mehreren Staaten geteilten Flussgebieten werden. Wenn von Konflikt gesprochen wird, ist in Zusammenhang mit Wasser nicht vorrangig an einen gewaltsamen Konflikt zu denken, sondern an Konflikte in einer Eskalation weit darunter. Bisher hat es keinen bewaffneten Konflikt allein um die Ressource Wasser gegeben. Beim Sechstagekrieg von 1967 war Wasser ausnahmsweise zumindest ein maßgeblicher Auslöser. Bei manchen gewaltsamen Konflikten kann jedoch Wasser in einem Gemisch mit anderen Konfliktgründen eine Rolle spielen. Überlagert sich das Wasserthema mit anderen Faktoren, wie Armut, sozialen und ethnischen Spannungen, kann sehr wohl ein gewalttätiger Konflikt entstehen.

Wenn man Wasser als Konfliktgrund betrachtet, ist nicht nur an einen direkten Konflikt um die Ressource zu denken, sondern auch an indirekte Auswirkungen von Wassermangel. Die Schätzungen über die Zahl von Umweltflüchtlingen streut in großer Breite, was auch durch methodische Unschärfen der Zuordnung verursacht ist. Eine vorsichtige Schätzung spricht von derzeit 50 Millionen Umweltmigranten, die Zahl könnte gemäß Prognosen bis 2050 auf 200 Millionen steigen. Afrika ist ein Kontinent, der davon in hohem Maße betroffen ist. Die Hungerkatastrophe 2011 in Ostafrika machte das besonders aktuell deutlich. Die Umweltprobleme, die die Menschen zwingen, auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen zu gehen, sind in den meisten Fällen auf Wasserprobleme zurückzuführen oder stehen mit solchen in

Zusammenhang. Die Migrationsströme ziehen hauptsächlich innerhalb des Kontinents, teilweise in Richtung der Slums der Megacities, wo die Menschen mit den Problemen fehlender Infrastruktur konfrontiert sind bzw. selbst diese weiter verschärfen. Ein Teilstrom hat – schleppergestützt – Europa zum Ziel. Ob intra- oder interkontinental: Solche Flüchtlingsströme können in den Herkunfts-, Transit- und Zielregionen zu Konflikten führen. Diese reichen von Druck auf Transitregionen an Abschottungsmaßnahmen mitzuwirken bis zu sozialen, wirtschaftlichen, ethnischen und religiösen Spannungen in den Zielregionen.

Wasserverfügbarkeit

Die Wasserverfügbarkeit, also jene Menge an Süßwasser, die einer Person pro Jahr zur Verfügung steht, wird mit folgenden Kategorien beschrieben:

- Bei unter 1.700 m^3 pro Person und Jahr herrscht Wasserknappheit,
- $1.200\text{-}1.500\text{m}^3$ pro Person und Jahr sind notwendig, um eine Person mit ausreichender Nahrung versorgen zu können,
- bei unter 1.000 m^3 pro Person und Jahr ist von Wassermangel zu sprechen.

Heute lebt etwa ein Drittel der Weltbevölkerung unter angespannter Situation hinsichtlich Wasserverfügbarkeit. Mit einem Ansteigen bis zur Verdoppelung in den nächsten Jahrzehnten wird zu rechnen sein. Brennpunkte der Wasserknappheit sind Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten und Südasien.

Die mangelnde bzw. zurückgehende Wasserverfügbarkeit kann verschiedene Ursachen haben:

- Naturräumlich gegebener Wassermangel, besonders ausgeprägt in den ariden und semiariden Klimazonen,
- steigende Bevölkerungszahlen besonders in Regionen, die durch Wassermangel gefährdet sind,
- zunehmender Wasserverbrauch durch verstärkte Lebensmittelproduktion, durch partiell steigenden Lebensstandard,
- Übernutzung von im Kreislauf befindlichen Wasserressourcen und Absinken des Grundwasserspiegels,
- Nutzung von fossilem, also nicht mehr im Kreislauf befindlichem Wasser,
- Vernichtung von Wasserressourcen durch Verschmutzung,
- mangelnder Zugang der Menschen zu der Ressource Wasser infolge mangelnder Infrastruktur,
- Verminderung der Niederschläge durch Klimawandel,
- Zerstörung der Nutzbarkeit von Wasserressourcen durch Verunreinigung,
- mangelnde staatliche Kapazitäten und Fähigkeiten zur gerechten und geordneten Bewirtschaftung der Ressource Wasser.

Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserverfügbarkeit

Immer wieder wurden Aktionen der Völkergemeinschaft eingeleitet und durchgeführt, die sich zum Ziel gesetzt haben, den Anteil der Weltbevölkerung ohne ausreichenden Zugang zu Trinkwasser in einer Dekade zu halbieren und dabei insbesondere bei der Errichtung von Infrastruktur ansetzen. Eine davon war die UN-Weltwasserdekade, aktuell laufen die sehr umfassend gefassten Millenniumsziele, die u.a. auch das Trinkwasserthema

ansprechen. Die Ziele der UN-Weltwasserdekade sind jedoch nicht erreichbar gewesen. Die Ursachen lagen darin, dass das Bevölkerungswachstum die gesetzten Verbesserungen bei weitem überholte, dass gelegentlich Technologien angewandt wurden, die sich unter den Gegebenheiten als nicht nachhaltig erwiesen und dass die Bevölkerung bei der Planung und Umsetzung der Maßnahmen zu wenig eingebunden war, um sich mit den Maßnahmen zu identifizieren, sie zu akzeptieren und langfristig zu erhalten.

Grundsätzlich sind alle Maßnahmen, die zu einer besseren Wasserbewirtschaftungstechnik führen, kostenintensiv. Das reicht vom Übergang von traditioneller, mit großen Wasserverlusten verbundener Bewässerungswirtschaft zu modernen Bewässerungsmethoden, Anpassung des Wasserdargebots an den Bedarf durch Wasserspeicherung, eine entsprechende Siedlungshygiene, Nutzung alternativer Wasservorkommen, Meerwasserentsalzung etc. Dies ist auch der Grund dafür, dass bei Klimakonferenzen den Finanzierungsverpflichtungen der entwickelten Länder so hoher Stellenwert zukommt.

Geteilte Flussgebiete

Unter einem Flussgebiet verstehen wir die gesamte Fläche eines Flusses von seinen Quellen bis zur Mündung ins Meer. Viele Flussgebiete sind zwischen Staaten aufgeteilt:

- 261 Flussgebiete auf mehr als 2 Staaten,
- 19 Flussgebiete auf 5 oder mehr Staaten,
- das Flussgebiet der Donau auf 19 Staaten.

Wenn Wasser in einem Flussgebiet eine knappe Ressource darstellt, die Wasserverfügbarkeit gering ist, ist jedenfalls Abstim-

mungsbedarf über die Verteilung der Ressource, über das ob bzw. die Rahmenbedingungen von Eingriffen in den Wasserhaushalt gegeben. Dieser Abstimmungsbedarf kann zur friedlichen Kooperation führen, aber auch in Konflikte unterschiedlicher Eskalationsstufen zwischen Ober- und Unterliegern am Fluss münden.

Völkerrechtliche Theorien und Abkommen

Zur Lösung solcher Probleme wurden unterschiedliche rechtliche Theorien entwickelt, die je nach der Interessenslage des Staates von der Forderung nach absoluter Souveränität – der Oberlieger kann völlig frei über sein Wasser verfügen – bis zur Forderung nach absoluter territorialer Integrität des Unterliegers – dem Oberlieger ist jede Änderung des Wasserflusses zum Nachteil des Unterliegers verboten – reichen kann. Diese beiden Extremtheorien setzen machtpolitische Asymmetrien zwischen den Staaten voraus, sind nicht zielführend für ein friedliches Miteinander und führen direkt in den Konflikt.

Die heute im Völkerrecht anerkannte rechtliche Theorie ist die der „gerechten und angemessenen Nutzung“. Diese besagt, dass alle Anliegerstaaten das Recht auf angemessene Nutzung der vorhandenen Wasserressource haben. Um diese Vorgabe operativ zu setzen, können z.B. Verteilungsschlüssel gemäß der Bevölkerungszahl durch Verhandlungen festgelegt werden. Signifikante Beeinträchtigungen (meist des Unterliegers durch den Oberlieger) sind zu vermeiden bzw. nur in Verbindung mit Kompensationen zulässig. Als sehr zweckmäßige Voraussetzung hat sich erwiesen, der Kooperation in Flussgebieten den organisatorischen Rahmen einer Flusskommission zu geben, in der Problembearbeitungen von der politischen auf die – meist weniger konfliktäre – Expertenebene verlagert werden.

Mehrere internationale Übereinkommen beruhen auf diesen Prinzipien:

- ECE-Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (Helsinki-Übereinkommen),
- UN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtsmäßigen Nutzung internationaler Wasserläufe,
- EU-Wasserrahmenrichtlinie, die in Umsetzung der Ziele eine enge Zusammenarbeit im Flussgebiet fordert, wenngleich sie Mengenaspekte zum Teil ausblendet.

Für Österreich sind solche Bestimmungen die mengenmäßige Bewirtschaftung betreffend nicht ganz unproblematisch. Der Vorbehalt der ausschließlich nationalen Bestimmung über Wasserressourcen des Landes wird von einem breiten Konsens von Bevölkerung, Politik und Medien getragen. Auf diesem Konsens aufbauend konnte Österreich bei den Vertragsverhandlungen in Art. 175 Abs. 2 lit. b EGV durchsetzen, dass Maßnahmen betreffend mengenmäßiger Bewirtschaftung und Verfügbarkeit der Wasserressourcen der Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen. Die UN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtsmäßigen Nutzung internationaler Wasserläufe enthält die sensible Passage „...zur Nutzung des Wassers in mengenmäßiger Hinsicht...“, was für Österreich dem genannten Grundprinzip entgegenläuft und ein relevantes Hindernis für die Ratifikation der genannten Konvention darstellt. Hier ist aber jedenfalls festzuhalten, dass Österreich gegenüber seinen Nachbarstaaten diese angemessene und ausgewogene Nutzung als Basis der Zusammenarbeit zugrunde legt, dies aber aufgrund einer freiwillig getroffenen Entscheidung und nicht eines äußeren Zwanges.

Beispiele geteilter Flussgebiete

In der Folge sollen einige typische Beispiele von Flussgebieten, an denen mehrere Staaten Anteil haben, beleuchtet werden:

Euphrat und Tigris

Die Knappheit der Ressource Wasser in einem Gebiet, das steigende Bevölkerungszahlen aufweist und zusätzlich durch Konflikte wie das Kurdenproblem geprägt ist, stellt eine wichtige Facette der politischen Auseinandersetzung dar. Die Flüsse Euphrat und Tigris entspringen im anatolischen Hochland der Türkei und fließen nach Syrien und in den Irak. Die Türkei betreibt eine intensive Nutzung des Wassers dieser Flüsse, vor allem durch das Südanatolienprojekt, in dessen Rahmen 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke errichtet werden. Das Wasser dient also der Stromerzeugung und der landwirtschaftlichen Bewässerung. Für Syrien, sowie – aufgrund des Vorhandenseins auch anderer Wasserressourcen in abgeschwächter Bedeutung – für den Irak stellen die beiden Flüsse den wichtigsten Wasserspender dar. Es gibt zwischen der Türkei und Syrien aus dem Jahr 1987 ein Protokoll über Quoten der Wassermengen, die garantiert werden. Der Unterlieger sieht sie wohl als nicht zufriedenstellend an, wobei die Möglichkeit des Entzuges des Wassers zusätzliches Unbehagen verursacht.

Jordan

Am Flussgebiet des Jordan haben Libanon, Syrien, Jordanien, Israel und die Region Palästina Anteil. Die Wasserarmut dieses Raumes macht die Ressource Wasser zu einem ganz wesentlichen Bestandteil politischer Spannungen, aber auch Vereinbarungen und Friedensverträgen. Dies führte auch dazu, dass Israel im Zuge des Sechstagekrieges von 1967, besonders durch die

Besetzung der Golanhöhen, die Wasserressourcen der Region unter seine Kontrolle brachte. Der Sechstagekrieg stellt auch den einzigen bewaffneten Konflikt dar, bei dem die Verfügungsgewalt über Wasser einen wichtigen Auslöser bildete.

Beim Friedensvertrag von 1994 zwischen Israel und Jordanien spielte die Wasseraufteilung zwischen diesen Staaten eine große Rolle, während die Interessen der Palästinenser völlig ausgeklammert blieben. Mit Syrien gibt es keine Vereinbarung, weshalb die weitere Besetzung der Golanhöhen zu den vitalen staatlichen Interessen Israels gehört.

Nil

Am Flussgebiet des Nils haben bisher 10, durch das Entstehen des Südsudans 11 Staaten Anteil. Der Hauptteil des Wassers stammt aus der Äthiopischen Hochebene. Vereinbarungen zwischen den Nachbarstaaten Ägypten und Sudan über die Aufteilung des Wassers stammen aus den Jahren 1929 und 1959. Seit dem Zeitpunkt ihres Abschlusses hat in dem gesamten Raum eine Bevölkerungsexplosion stattgefunden, die eine massive Ausweitung der Bewässerungsflächen notwendig machte. Ägypten hat immer wieder seine Entschlossenheit betont, seine politische und militärische Vormachtstellung in diesem Raum einzusetzen, sollten Oberlieger den Status quo der Wasserverfügbarkeit verändern wollen. Im Rahmen der „Nile Basin Initiative“ wird zwar seit mehreren Jahren eine Kooperation der Anliegerstaaten auf unterschiedlichen Ebenen angestrebt. Allerdings gibt es keine Anzeichen, dass in dieser Kooperation die bisher begünstigten Staaten bereit wären, ihre nationalen Interessen zurückzunehmen. Welchen Einfluss die vielfältigen aktuellen politischen Entwicklungen in diesem

Raum auf die Frage der Wasserverteilung nehmen werden, bleibt abzuwarten.

Indus

Das Flussgebiet des Indus liegt zum größten Teil in Pakistan, erhält aber wichtige Zuflüsse aus Indien. Vom Indus ist die größte von einem Fluss gespeiste Bewässerungsfläche der Welt abhängig. In den Jahren 1948-51 drohten Maßnahmen Indiens zur verstärkten Wassernutzung in einen Konflikt mit Pakistan zu führen. Gleichzeitig schien der Konflikt um Kaschmir in eine bewaffnete Auseinandersetzung zu eskalieren. In Verbindung mit den Spannungen bzgl. der Wassernutzung drohte sich eine gefährliche Konfliktkonstellation zu ergeben.

1956 nahmen beide Staaten die Verhandlungen um den Indus wieder auf. Sechs Jahre später wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Wasseraufteilung regelt und eine Zusammenarbeit in der Bewirtschaftung vorsieht. Der Vertrag und die durch ihn ins Leben gerufene Kommission haben inzwischen zwei Kriege überdauert. So erweist sich Wasser nicht nur als Konfliktgrund, sondern auch als Motor zur Zusammenarbeit.

Mekong

Diese Flusskommission wurde 1995 gegründet und umfasst die Staaten Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam. Das Ziel der Kommission ist die Kooperation für eine nachhaltige Entwicklung des Mekongs. Der Fluss entspringt in Tibet, also auf chinesischem Staatsgebiet. Vermutlich sind es politische Themen und vor allem Absichten Chinas zur Wasserkraftnutzung, die China bisher von einem Beitritt zur Kommission abhalten. Es besteht jedoch eine Kooperation Chinas mit der Kommission, auch Myanmar (Burma) hat einen ähnlichen Status.

Donau

Der Donauroum dürfte mit 19 Staaten, die Anteil am Flussgebiet haben, wohl der Spitzenreiter geteilter Flussgebiete sein. Es ist ein Raum, der über ausreichend Wasser verfügt und durch ein hohes Maß an Kooperation gekennzeichnet ist. Dennoch sind auch hier Probleme und Meinungsverschiedenheiten festzustellen. Diese reichen von grenzüberschreitenden Gewässerverunreinigungen durch Bergwerksschlämme über Fragen des Ausbaus von ursprünglich als Gemeinschaftsanlagen geplanten Wasserkraftwerken, der Konkurrenz des Zuganges der Donau zum Schwarzen Meer bis zur Blockierung des Schifffahrtsweges im Balkankonflikt. Vom letzten Punkt abgesehen werden alle diese Fragestellungen auf administrativer bzw. gerichtlicher Ebene und damit ohne Eskalation behandelt.

Österreich war und ist ein Motor der Zusammenarbeit der Staaten im Donauroum. Dies reicht in jene Zeiten zurück, in denen Europa noch durch den eisernen Vorhang geteilt war. So konnte 1985 die Bukarester Deklaration als Rahmen für eine blockübergreifende Zusammenarbeit geschlossen werden. Nach der „Wende“ wurde dieses Instrument 1994/98 zur Donauschutzkonvention ausgebaut. Die gut funktionierende Zusammenarbeit im Donauroum wird heute international bereits als best practice-Beispiel für andere internationale Flussgebiete herangezogen.

Grenzwässerverträge

Österreich arbeitet nicht nur aktiv in den internationalen flussgebietsbezogenen Gewässerkommissionen mit, sondern pflegt auch eine enge Zusammenarbeit mit seinen Nachbarstaaten, soweit Grenzgewässer in Betracht kommen. Solche Verträge bestehen mit Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien. Neben Erfahrungs- und Informationsaustausch geht es um Infor-

mation und in bestimmten Fällen auch um Konsensherstellung über Vorhaben mit Einfluss auf das andere Staatsgebiet.

Insgesamt können wir zusammenfassen, dass die Bestimmungen betreffend Wasserressourcen im internationalen Recht wenig primäres Durchsetzungspotential haben. Sie stellen aber ein gutes Handwerkszeug dar, wenn der gute Wille als Voraussetzung zur Zusammenarbeit vorhanden ist, oder er sich aus der drückend negativen Erfahrung von Bewirtschaftungsproblemen ergibt, oder wenn die Völkergemeinschaft u.a. als Abschluss friedensschaffender oder friedenserhaltender Operationen für die vertragliche Regelung eines nachhaltig stabilen Zustandes die Patronanz übernimmt und dabei den Faktor Wasser nicht vergisst.

An den Schluss dieser Ausführungen möchte ich zwei Zitate des ehemaligen UN-Generalsekretärs *Kofi Annan* stellen:

„Fierce competition for fresh water may well become a source of conflict and wars in the future“. „But the water problems of our world need not be only a cause of tension; they can also be a catalyst for cooperation. If we work together, a secure and sustainable water future can be ours.“

Literatur:

Barandat, Jörg: Wasser – ein neues Pulverfass? Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Heft 71, Hamburg 1993

Behar, Pierre: Die strategische Dimension der Gewässer für Europa, Vortrag, gehalten im Rahmen der Fachtagung „Wasser als strategische Ressource“ am 11.4.1997 an der Politischen Akademie, Wien

Brill, Heinz: Wasser als internationaler Konfliktfaktor. Vortrag, gehalten im Rahmen der Fachtagung „Wasser als strategische Ressource“ am 11.4.1997 an der Politischen Akademie, Wien

- Bruinsma, Jelle: The Resource outlook to 2050; By how much do land, water use and crop yields need to increase by 2050? How to feed the World in 2050? Proceedings of a technical meeting of experts, Rome
- Bundeszentrale für politische Bildung: Zur Rolle der Ressource Wasser in Konflikten, unter: www.bpb.de/themen/X8oAUV,1,0,Zur_Rolle_der_Ressource_Wasser_in_Konflikten (29.07.2011)
- Diercke Weltatlas: Euphrat und Tigris – Wassernutzung, unter: www.diercke.de/kartenansicht.xtp?artId=978-3-14-100700-8&stichwort=Irak
- Dworschak, Verena: Recht auf Wasser, unveröffentlichtes Manuskript
- Edig, Annette van: Kriegsgrund Wasser – Verteilungskonflikte im Nahen Osten, Blätter für deutsche und internationale Politik 8/98, Köln 1998
- Gustenau, Gustav: Wasser als strategischer Faktor aus österreichischer Sicht. Vortrag, gehalten im Rahmen der Fachtagung „Wasser als strategische Ressource“ am 11.4.1997 an der Politischen Akademie, Wien
- Konvention für den Schutz und die Nutzung von Grenzgewässern und internationalen Seen, BGBl. Nr. 578/1996
- Mekong River Commission, unter <http://www.mrcmekong.org/> (09.09.2011)
- Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, RL 2000/60/EG
- Sager, Wilhelm: Wasser: Quelle von Konfrontation und Kooperation, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 5, Wien 1997
- Thobaben, Henning: Der Wasserkonflikt im Jordanbecken, Kooperationspotentiale im Wassersektor als Beitrag zur Lösung des Nahostkonflikts? Blaue Reihe der TU Braunschweig, Nr. 63, Braunschweig 2005
- Töpfer, Klaus: Ökologische Krisen und politische Konflikte, in: Internationale Politik 2/99, Bonn 1999
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO): The 3rd United Nations World Water Development Report: Water in a Changing World (WWDR-3), unter <http://www.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr3/tableofcontents.shtml>

Worldwatch institute: Dividing the Waters, Food Security, Ecosystems
Health and the New Politics of Scarcity, Washington DC 1996